

Steht Tieranwalt vor dem Aus?

Amtsübernahme Antoine F. Goetschel vertritt künftig die Interessen geschädigter Tiere

Der neue Tieranwalt des Kantons Zürich will die Öffentlichkeit vermehrt über seine Arbeit informieren. Kein Wunder – die Zukunft des weltweit einmaligen Postens ist ungewiss.

ROMAN HODEL

Herr Goetschel, Sie sind seit 1984 als Rechtsanwalt auf die Frage Mensch-Tier-Beziehung spezialisiert, waren die treibende Kraft hinter der Einführung des Tieranwalts im Kanton Zürich 1992. Anfang November übernehmen Sie nun dieses Amt. Man könnte denken, das hat jetzt aber lange gedauert.

Antoine F. Goetschel: Es war damals nicht meine Absicht, selber Tieranwalt zu werden. Ich war der Auffassung, dieses Amt jemandem zu überlassen, der qualifizierter ist als ich, namentlich einem Staatsanwalt. Derweil habe ich mich auf meine Tätigkeit als Geschäftsleiter der Stiftung Tier im

«Ich bin überzeugt, dass das Gros der Bevölkerung Tiere liebt»

Recht konzentriert, die ich Ende Oktober abgeben werde. Somit bin ich nun bereit, die Verantwortung als Tieranwalt zu übernehmen.

Ihr Vorgänger Markus Raess war während 14 Jahren Tieranwalt, was ist der Grund für seinen Rückzug?

Goetschel: Der Verein Koordination Kantonaler Tierschutz, der dem Regierungsrat jeweils die Wahlvorschläge unterbreitet, wünscht sich neu einen Tieranwalt, der seine Tätigkeit in der Öffentlichkeit besser bekannt macht. Da Markus Raess nicht gerne in der Öffentlichkeit steht, stellte er sein Amt zur Verfügung.

Weshalb denn dieser plötzliche Drang nach Öffentlichkeit – ist das Amt des Tieranwalts in Gefahr?



STIMME FÜR TIERE Antoine F. Goetschel in seinem Büro im Zürcher Seefeld. ROH

Goetschel: Zumindest vor einer ungewissen Zukunft. National- und Ständerat haben bei der Revision des Tierschutzgesetzes nichts wissen wollen

von der Einführung des Tieranwalts auf kantonaler Ebene. Im Sinne der eidgenössisch einheitlichen Strafprozessordnung muss sich der Kanton

Zürich daher in den kommenden Jahren überlegen, was mit dem Amt des Tieranwalts geschieht. Entweder muss er es einer anderen Behörde zuführen oder aber ganz darauf verzichten.

Was macht der Tieranwalt konkret?

Goetschel: Der Tieranwalt vertritt die Interessen eines geschädigten Tieres bei Strafverfahren, basierend auf einem Verstoß gegen das Tierschutzge-

«Oft sind es Tierhalter, die ein Tier quälten, und nicht gebüsst werden wollen»

setz. Oft sind es ja die Tierhalter selber, die ein Tier quälten, und natürlich nicht daran interessiert sind, gebüsst zu werden. Gerade in diesen Fällen braucht es jemanden, der für das Tier einsteht.

Haben Sie das Gefühl, die Bevölkerung will den Tieranwalt nicht mehr?

Goetschel: Nein, denn 1991 stimmten 83 Prozent der Zürcherinnen und Zürcher für die Einführung dieses bis heute weltweit einzigartigen Amtes.

Gut, das liegt aber 16 Jahre zurück.

Goetschel: Klar, trotzdem bin ich überzeugt, dass das Gros der Bevölkerung Tiere liebt und daher einen Tieranwalt weiterhin für notwendig hält. Davon zeugt auch die Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und einen besseren Rechtsschutz der Tiere», die kürzlich zustande gekommen ist. Aber es gibt durchaus Kreise, denen der Tieranwalt nicht nur angenehm ist. Etwa solche, die beispielsweise Forscher oder auch Bauern schützen wollen.

Akzeptanz durch mehr Information – legen Sie demnach analog etwa zu den Friedensrichtern künftig einen Jahresbericht vor?

Goetschel: Diesen Jahresbericht gibt es schon heute, nur hat man ihn nicht an die grosse Glocke gehängt. Die Öffentlichkeit wurde bislang über die vom Tieranwalt unabhängig arbeitende Stiftung für das Tier im Recht informiert. So weit es das Amtsgeheimnis zulässt, möchte ich in Zukunft auch als Tieranwalt informieren.

Was haben Sie sonst noch vor als neuer Tieranwalt?

Goetschel: Ich werde mich vehement dafür einsetzen, dass die durchschnittliche Höhe der Bussen für Tierquälereien und Tierquäler nicht weiter sinkt, sondern im Gegenteil wieder ansteigt. Ausserdem möchte ich die Straffälle vereinheitlichen, damit man Vorkommnisse in den diversen Bezirken miteinander vergleichen kann.

Nachrichten

Belästigung: Gemeinderat tritt zurück

Ein Gemeinderat von Marthalen soll obszöne E-Mails verschickt haben. Eine Gemeindegastgestellte reichte eine Strafanzeige ein. Nun tritt der Kommunalpolitiker zurück. Der Gemeinderat sei per sofort freigestellt worden, sagte Gemeindepräsidentin Barbara Nägeli gestern Mittwoch. Das Rücktrittsgesuch sei am Dienstag eingegangen. (SDA)

Unfall Auto prallte in Pannenfahrzeug

Ein Automobilist ist am Mittwoch in Weisslingen in ein abgeschlepptes Auto gefahren. Der 23-jährige Lenker wurde schwer, seine 19-jährige Mitfahrerin leicht verletzt. Eine TCS-Patrouille hatte um 7:25 Uhr auf einem Platz zwischen Kollbrunn und Weisslingen ein defektes Auto zum Abschleppen vorbereitet. Danach wendete der Lenker des Patrouillenfahrzeuges und wollte zurück Richtung Kollbrunn fahren. Das gezogene Auto befand sich noch auf der Spur Richtung Weisslingen, als sich ein Auto näherte. Der Lenker prallte mit voller Wucht in das Pannenfahrzeug. (SDA)

Wahlen SVP-Flyer ist doppeldeutig

Die SVP des Kantons Zürich hat am Dienstag kantonsweit einen Flyer mit einer Wahlanleitung gestreut, die nach Ansicht der Bundeskanzlei ein doppeldeutiges Wortspiel enthält. Weil nichts Illegales vorliegt, will der Bund nicht eingreifen. «Nehmen Sie die graue Liste 01 der SVP. Alle restlichen Listen können Sie wegwerfen, da sonst Ihre Wahl ungültig ist», heisst es in dem Flyer. Laut Bundeskanzlei ist der zweite Teil der Aufforderung doppeldeutig. Die Stimmabgabe sei unabhängig davon gültig, welche Liste ausgewählt würde. (SDA)

Schmuggel Kokain im Bierfässchen

Im Reisegepäck einer 23-jährigen Frau sind am Sonntag bei der Zollkontrolle am Flughafen acht Kilogramm Kokain sicher gestellt worden. Die Deutsche schmuggelte die Drogen in zwei Bierfässchen. Die Frau wurde verhaftet. (SDA)

Immer mehr Gewalt gegen Hunde

Total 203 Straftaten gegen Hunde sind der Stiftung für das Tier im Recht für das Jahr 2006 bekannt: «Die Gewaltbereitschaft gegenüber Hunden ist drastisch gestiegen», sagte der neue Geschäftsleiter Gieri Bolliger gestern in Zürich vor den Medien – er ersetzt Antoine F. Goetschel, den neuen Tieranwalt. Zugenommen hätten die Taten seit der Pitbull-Attacke in Oberglatt im Dezember 2005. Und er geht davon aus, dass die Zahlen 2007 ähnlich hoch sein werden. «Alarmierend» ist für Bolliger zudem der Rückgang der Bussenhöhe für Tierschutzdelikte. «Mit durchschnittlich 458 Franken sind sie gar skandalös niedrig.» Gegen beide Entwicklungen wolle man vorgehen, unter anderem mit verbesserter Aus- und Wei-

terbildung. Im letzten Jahr verzeichnete die Stiftung total 572 neue Straffälle – das sind 10 Prozent mehr als 2005. Kumuliert seit 1982 sind es 5123 Straffälle. Laut Bolliger «vorbildlich» viele Fälle gemeldet wurden aus den Kantonen Zürich (150 Fälle), St. Gallen (144) und Aargau (47). Bolliger: «Im Aargau zum Beispiel verdanken wir dies der engagierten Staatsanwältin Christina Zumsteg.» Auch prozentual zu den Einwohnern melden diese Kantone regelmässig «beachtliche» Zahlen. Dagegen sei 2006 aus Appenzell Innerrhoden, Genf, Solothurn, Tessin, Wallis und Uri kein einziger Fall bekannt. Bolliger: «Demnach müssten diese Kantone ein Paradies für Tiere sein, doch wir wären naiv, das zu glauben.» (ROH)

Fast 8000 neue Wohnungen

Kanton Zürich Starke Bautätigkeit setzte sich fort

2006 sind im Kanton Zürich 7900 neue Wohnungen entstanden. Damit setzte sich die starke Bautätigkeit der letzten Jahre fort. Seit 2003 gelangten 30 000 Neubauwohnungen auf den Markt, wie das kantonale Statistische Amt mitteilte. Seit den 70er-Jahren wurden nicht mehr so viele Wohnungen über mehrere Jahre gebaut. Auch im laufenden Jahr würden nochmals ähnlich viele Wohnungen wie 2006 gebaut. Seit Mitte 2007 sei die Zeit der Baubewilligungen aber rückläufig. Die Zahl der leeren Wohnungen hat sich trotzdem nicht markant erhöht. Im vergangenen Jahr war – erstmals seit 1995 – mehr als die Hälfte der Neubauwohnungen zum Vermieten. In die vielen neuen Wohnungen wurde auch viel investiert: Fast 4,6 Mrd. Franken flossen in den Wohnungsbau. Dies sind 190 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Die Investitionen für andere Gebäude waren dagegen konstant. So wurden 2006 4,06 Mrd. Franken im Nichtwohnbereich investiert. Der Bau von Büros war dabei deutlich rückläufig. (SDA)

Gegengewicht zur alternativen Romandie

Wahlen Die Alternative Liste (AL) sieht gute Chancen für einen Einzug in den Nationalrat

Die Zürcher AL will den alternativen Kräften im Nationalrat zur Fraktion verhelfen – und in dieser die alternative Deutschschweiz vertreten.

Prominente Namen stehen auf der Nationalratsliste der AL, darunter der Filmemacher Samir oder der Architekt Ralph Bänziger. Falls die Partei am 21. Oktober einen Sitz holt, dürfte aber klar sein, wer ihn einnehmen wird: Niklaus Scherr, Geschäftsleiter des Mieterverbandes Zürich und seit 1979 Gemeinderat in Zürich, zunächst als Vertreter der Poch, seit deren Auflösung 1990 für die AL. Bei den Nationalratswahlen 2003 wurde sein Name 20 000-mal auf die Listen anderer Linksparteien panachiert – was aber eben wenig bringt, wenn die Partei keinen Sitz macht. Scherr wird denn auch nicht müde, seiner Klientel nun einzuschärfen, dass es stimmenmässig für eine Partei nur einschenkt, wenn deren Liste eingeworfen wird.

Die Liste der AL umfasst 34 Personen, darunter 15 Frauen. Es besteht eine Unterlistenverbindung mit der JuLiA (Junge Linke Alternative), der AL-Jugendgruppe, und der Partei der Arbeit (PdA). Ein gutes Überzeugungsargument für Scherr, am Wahlsonntag eine dieser Listen einzulegen: Indem



diesmal die linke Listenverbindung auch die Grünen umfasst – vor vier Jahren schlossen sich diese der Mitte an –, geht sicher keine Stimme ins «falsche» Lager, sollte es mit dem AL-Sitz dann doch nicht klappen. Nicht nur in Zürich, auch in Winterthur ist die AL seit Jahren im Parlament vertreten. Aktive Mitglieder hat sie zudem im Weinland, im Oberland und in den Bezirken Dietikon und Horgen. Anfang

Jahr hat sich die AL auch formell als politische Vereinigung konstituiert, sprich: Es wurde ein Verein gegründet. Im Frühling gelang ihr gleich mit zwei Vertretern der Einzug in den Kantonsrat. Die beiden haben sich der Fraktion der Grünen angeschlossen.

Demonstration im Bärenkostüm

Zumindest indirekt bringt sich die Zürcher AL bereits heute auch auf Bundesebene ein. Dies geschieht über das Bündnis Linke Alternative / A Gauche Tote. Dessen Vertreter im Nationalrat sind Marianne Huguenin (PoP, VD), Josef Zisyadis (PoP, VD) und Pierre Vanek (SolidaritéS, GE). PoP steht für Partie ouvrière et populaire und ist das welsche Pendant zur PdA. Mit Denis de la Reussille, Stadtpräsident von Le Locle, kann sich ein weiteres PoP-Mitglied gute Chancen auf ein Nationalratsmandat ausrechnen. Und mit Scherr als fünftem im Bunde wäre dann auch Fraktionsstärke erreicht – und auch die Deutschschweiz hätte in

dem Romandie-lastigen Bündnis ihre (alternative) Stimme.

Die AL preist sich als unabhängig und unverfälscht an. Steuergerechtigkeit nennt Scherr als eines seiner zentralen Themen. Er war Mitverfasser der Beschwerde von Zisyadis ans Bundesgericht, mit welcher das degressive Obwaldner Steuermodell gekippt wurde. Er ist gegen die Flat Tax und für eine eidgenössische Erbschaftsteuer.

Ein Dorn im Auge ist der AL die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern – «Scheinerwerbslosen», wie Scherr sagt. Eine Demo im Bärenkostüm vor dem Geschäftssitz des russischen Finanzmagnaten Viktor Vekselberg hat ihm eine Verzeigung wegen unerlaubter Kundgebung eingebracht. Erfolgreich hat sich die AL gegen die Öffnung des Strommarktes gewehrt. Ebenso wie den Service public hält man die Grundrechte hoch. Polizeiliche Wegweisungsartikel und Rayonverbote werden abgelehnt, die Legalisierung weicher Drogen wird bejaht. (TMA)